BAU INDUSTRIE

Wir machen Bauen zur Branche.

Pressemitteilung

Wohnraumkrise noch nicht gelöst

Steigende Baugenehmigungen dürfen nicht über die Notwendigkeit konsequenter Neubaupolitik hinwegtäuschen

47/26
Berlin, 18.11.2026

Von Januar bis September 2026 wurden insgesamt 190.200 Wohnungen (Neu- und Umbau in Wohn- und Nichtwohngebäuden) genehmigt. Damit lagen die Baugenehmigungen um 8,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Während die Zahl der genehmigten Wohnungen in neu zu errichtenden Wohngebäuden in den ersten drei Quartalen des Jahres um 8,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zulegte, fiel der Anstieg der genehmigten Umbaumaßnahmen in bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden mit 10,8 Prozent sogar noch etwas höher aus.

„Die Wohnraumkrise bleibt eines der großen, nicht gelösten gesellschaftlichen Probleme mit sozialem Sprengstoff. Sicherlich sind steigende Baugenehmigungen eine Grundvoraussetzung für den Wohnungsneubau. Wenn aber gleichzeitig die Zahl der erloschenen Baugenehmigungen 2025 um 23 Prozent und 2024 um 27,8 Prozent sowie der Anteil der Wohnungsbauunternehmen, die Auftragsstornierungen vermelden, innerhalb eines Jahres von acht Prozent auf 16 Prozent gestiegen ist, liegt die Trendwende in weiter Ferne. Wir brauchen weiterhin einen Finanzierungsturbo.

Es war deshalb richtig, dass Bundesbauministerin Hubertz die EH55-Plus-Förderung bis Ende des Jahres verlängert hat. Das einzige Programm, das wirklich für neue Dynamik gesorgt hat. Wir vermissen jedoch die Konsequenz der Bundesregierung, ab 2027 für Anschluss zu sorgen. Es droht eine Förderlücke und damit erneut Stillstand am Markt. In den Haushaltsverhandlungen finden wir hierzu leider nichts. Die Politik redet von bezahlbarem Wohnraum und Investitionen, aber packt das Problem allenfalls zögerlich an. Denn eine neue Förderkulisse soll erst Mitte des kommenden Jahres starten. Mehr noch: man muss den Eindruck gewinnen, dass der baupolitische Fokus immer stärker auf diejenigen gelegt wird, die bereits eine Wohnung haben. Dabei vergisst man aber alle die, die eine neue Wohnung brauchen: junge Familien, Fachkräfte und all diejenigen, die in einer neuen Stadt einen neuen Anfang suchen.“

Am Ende hilft aber jede Förderung nicht, wenn nicht parallel die Kosten gesenkt werden, so Müller: „Das Gesetz für einen Gebäudetyp E liegt vor, das ist gut, muss aber erheblich nachgebessert werden. Wir können nur immer wieder an die Bundesregierung appellieren, endlich auf die vielen Signale aus dem Markt zu hören und diese ernst zu nehmen.“

Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Genehmigungszahlen für den September.

Die Zahl der Genehmigungen für Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern, auf die zwei Drittel des Neubaus entfallen, sei zwar in den ersten drei Quartalen 2026 um 9,3 Prozent auf 101.800 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2025 gestiegen, und auch der positive Trend bei Ein- und Zweifamilienhäusern setzte sich mit einem Plus von 4,8 Prozent bzw. 17,7 Prozent fort. „Jetzt kommt es darauf an, mit einem verlässlichen Umbau der Förderlandschaft und weniger Regulatorik den Weg von der Genehmigung zum Baustart zu ebnen.“

Hauptverband der
Deutschen Bauindustrie e.V.
Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Postanschrift:10898 Berlin

Kontakt
Telefon +49 30 21286-229
britta.frischemeyer@bauindustrie.de

Information
info@bauindustrie.de
www.bauindustrie.de